

Ist das, so frage ich, eine Empfehlung, eine Segnung Francos und zugleich eine Kampfansage an den Bolschewismus oder ist es das nicht?

Und weiter heißt es bei Dibelius:

„Vor dem Schicksal Spaniens, mit dem Italien in früheren unruhigen Zeiten oft verbunden war, ist das Land durch seinen Führer bewahrt worden. Das Schicksal Italiens — damit es nicht das Schicksal Rußlands werde — soll mit dem christlichen Glauben im Bunde gehen!“

Ist das, Genossinnen und Genossen, eine Lobrede, eine Segensausstellung für den Faschisten Mussolini im Namen des christlichen Glaubens und eine Verdammung der Sowjetunion im Namen des gleichen christlichen Glaubens oder nicht?

Und wenn Dibelius auf Deutschland zu sprechen kommt, auf das Deutschland Hitlers, dann lautet sein Segen folgendermaßen:

„Das deutsche Volk will ein Bollwerk gegen das Vordringen des Bolschewismus vom Osten her sein, und auch das weiß jeder, der mit heißem Herzen im Leben seines Volkes steht: daß ein solches Bollwerk nicht einfach mit Bajonetten und Panzergräben errichtet werden kann, sondern nur aus den Kräften eines lebendigen Glaubens.“

Das nennt die Entschließung zum III. Parteitag: die "Waffen zu Hitlers Raubkrieg segnen, und sie nennt es mit Recht so.

Andererseits kennt aber auch Dr. Dibelius eine Verpflichtung zur politischen Zurückhaltung der Kirche. Dibelius ist Bischof von Berlin-Brandenburg. Sein Konsistorium hat Mitte Februar dieses Jahres an die Pfarrer der Kirchenprovinz ein Schreiben gerichtet, das man in der evangelischen Monatszeitschrift „Die Zeichen der Zeit“, Heft 4 und 5 des Jahrganges 1950, Lizenznummer 125 der SMA, nachlesen kann. Da heißt es, daß es nicht für angebracht gehalten wird, daß die Kirche wie eine politische Größe neben den Parteien in politischen Gremien offiziell in Erscheinung tritt, weil das dem Wesen der Kirche widerspräche. Bei aller Freiheit des Christen, seiner politischen Verantwortung entsprechend zu handeln, sei es nicht erforderlich, daß Geistliche oder Kirchenälteste als amtliche Vertreter der Kirche bei politischen Anlässen auftreten, ja, wir hielten es um des besonderen Auftrags willen, den sie haben, auch nicht für erlaubt. „Diese Grundsätze sind in unserer Kirche nach wie vor in Kraft. Im Westen wie im Osten wird danach gehandelt. Sie bedeuten auch im gegenwärtigen Augenblick für unser Kirchengebiet, daß Pfarrer sich dem Beitritt zu jedem Zusammenschluß politischer, auch gesamtpolitischer Art versagen müssen, da ihre Mitwirkung nicht anders als eine amtliche Vertretung der Kirche verstau-